

Gedenkjahr 2018: Gelebte Erinnerung & Verantwortung



Die jüngere Vergangenheit unseres Landes ist geprägt von hellen wie auch von dunklen Kapiteln. In den kommenden Tagen findet das Gedenkjahr 2018 seinen Höhepunkt und das offizielle Österreich erinnert sich an zwei Schicksalstage, die symbolisch für die wechselhafte Geschichte unseres Landes stehen.

Gedenkjahr: 100 Jahre Republik – 80 Jahre Novemberpogrome

- Am 12. November 1918 fand mit der **Ausrufung der Republik** eine Zeitenwende statt, die den Übergang von der Monarchie zu einer demokratischen Republik markierte. In kurzer Zeit gelangen etwa mit Einführung des Frauenwahlrechts und modernen Sozialgesetzen wegweisende Beschlüsse.
- Nur 20 Jahre später und nach **Machtergreifung der Nationalsozialisten** markierte die Nacht des 9. November 1938 einen vorläufigen Höhepunkt auf dem Weg zur systematischen Vertreibung, Enteignung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung unseres Landes.
- In dieser **Pogromnacht** wurden jüdische Geschäfte geplündert, Synagogen zerstört und tausende Jüdinnen und Juden inhaftiert – ein entscheidender, tragischer Schritt hin zur Katastrophe der Shoah.

Konkrete Maßnahmen zum Gedenkjahr:

- Die Bundesregierung bekennt sich zu ihrer **historischen Verantwortung**. Daraus leitet sich eine Pflicht zum Erinnern und zum Handeln ab. Während des Wien-Besuchs von über 100 Shoah-Überlebenden auf Einladung der Republik wurden diese Woche konkrete Maßnahmen gesetzt.
- **Sicherstellung der Finanzierung der Namensmauer**
 - Im März hat die Bundesregierung ihre **Unterstützung zur Errichtung einer Namens-Gedenkmauer** für die in der Shoah ermordeten Jüdinnen und Juden aus Österreich zugesichert.
 - Mittlerweile konnten der **Standort im Ostarrichipark vor der Nationalbank in Wien** festgelegt und weitere Finanzierungen lukriert werden.
 - Die noch bestehende Finanzierungslücke wird nun durch eine **zusätzliche Unterstützung der Bundesregierung** geschlossen. Es liegt jetzt an der Stadt Wien, den Weg zur Errichtung des Denkmals frei zu machen.
- **Langfristige Absicherung des jüdischen Lebens in Österreich**
 - Angesichts des in ganz Europa **erstarkenden Antisemitismus** und der damit zusammenhängenden Auswanderung muss jüdisches Leben in Österreich geschützt werden.
 - Im Rahmen des EU-Ratsvorsitzes setzt sich Österreich daher für ein **Bekenntnis der europäischen Staats- und Regierungschefs** zum Schutz jüdischer Institutionen und Gemeinden in Europa ein.
 - Eine **Stärkung des österreichisch-jüdischen Kulturerbes** soll zudem durch die Aufrechterhaltung des jüdischen Gemeindelebens, den Dialog der Religionen, die Förderung von Projekten für die junge Generation und Initiativen des gesellschaftlichen Austausches erreicht werden.